



Daniel Sieveke MdL

Düsseldorf, 15. März 2017

CDU-Landtagsabgeordneter Daniel Sieveke:

Integrationsschädlich, verfassungswidrig, politisch fahrlässig

Zur heutigen Debatte und Abstimmung über das Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer im Landtag Nordrhein-Westfalen erklärt der Paderborner CDU-Abgeordnete Daniel Sieveke:

„Ein kommunales Ausländerwahlrecht ist integrationsfeindlich, verfassungswidrig und angesichts der aktuellen außenpolitischen Situation politisch fahrlässig. Aus diesen Gründen habe ich wie die gesamte CDU-Landtagsfraktion heute gegen das Gesetz gestimmt – im Gegensatz zu Sigrid Beer von den Grünen!“

Ein kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländer würde jede Politik für Integration durchkreuzen. „So etwas wäre nicht etwa tolerant, sondern geradezu dumm mit Blick auf die Integrationsfrage!“, so Sieveke. Wer hier wählen wolle, müsse auch Deutscher werden wollen, mit allen Rechten und Pflichten. Das Wahlrecht stehe am Ende und nicht am Anfang einer erfolgreichen Integration. Wer sich über Jahre bewusst gegen die Einbürgerung entscheide, dürfe kein gesondertes Wahlrecht bekommen.

Sieveke weiter: „Das Grundgesetz bestimmt, dass das Wahlrecht unmittelbar an die deutsche oder die EU-Staatsbürgerschaft gebunden ist. Das kommunale Wahlrecht für EU-Bürger taugt auch nicht als Referenz, denn dieses Wahlrecht basiert auf EU-Recht und beruht vor allem auf Gegenseitigkeit. Ansonsten schließt das Grundgesetz die Teilnahme von Ausländern an Wahlen sowohl im Land als auch in den Kommunen aus. Das hat das Bundesverfassungsgericht so auch bestätigt. Das Wahlrecht ist nicht irgendein Recht, sondern es ist ein sehr hohes staatsbürgerliches Gut. Wer hier wählen darf, entscheidet über wichtige Themen wie die Innere Sicherheit, Bildung, Wirtschaft und vieles mehr mit. Das ist kein Gut, das leichtfertig und ohne Bekenntnis zum Staat gewährt werden darf!“

„In einer Situation, in der der türkische Staatspräsident Erdogan und seine Gefolgsleute versuchen, unser Land zu spalten, will Rot-Grün diesen innertürkischen Konflikte auch noch in unseren Stadt- und Gemeinderäten Raum geben. Das ist in der aktuellen Lage politisch fahrlässig – und exakt das falsche Signal an Herrn Erdogan“, ist Sieveke überzeugt.